|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Ortsamt Borgfeld**  **0**  **00**  **,**  **0Ortsamt Borgfeld** | |  | **Freie Hansestadt Bremen**  **Ortsamtsleiter** |
| Ortsamt Borgfeld, Borgfelder Landstr. 21, 28357 Bremen    An die  Mitglieder des Beirates Borgfeld  Mitglieder der Ausschüsse I; II; Schulen; Kindergärten; Seniorenvertreter; Sprecher Beirat Blockland; KOPs |  | | **Jürgen Linke, OAL**  **Angela Cau**  Tel.: 0421/361-3087/3090  Fax: 0421/361-15887  E-mail  Office@oaborgfeld.bremen.de    Datum und Zeichen  Ihres Schreibens  Mein Zeichen  (bitte bei Antworten angeben)  Bremen, den  **22.09.2014** |
|  |  | |  |

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur

**öffentlichen Sitzung des Beirates Borgfeld**

**am Dienstag, dem 30.09. 2014, 19:30 Uhr,**

**in der Ernst-Klüver-Halle (Schützenhalle), Hamfhofsweg 4**

herzlich ein.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 22.07.2014
3. **Unterbringung von Flüchtlingen**
4. **Bäderkonzept des Senators für Inneres und Sport**
5. Sachstandsbericht
6. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
7. Mitteilungen
8. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen



Ortsamtsleiter

Anhang

Antrag 1:



CDU-Fraktion im Beirat Borgfeld Bremen, 24.09.2014

Antrag der Beiratsfraktion der CDU

für die Sitzung des Beirates Borgfeld

am 30.09.2014

**Unterbringung von Flüchtlingen in Borgfeld**

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

**1. Bremen ist verpflichtet, 0,93 % der Flüchtlinge aufzunehmen. Auch Borgfeld ist bereit, seinen Anteil an der Unterbringung von Flüchtlingen in Bremen zu leisten.**

**2. Der Beirat Borgfeld fordert die Senatorin für Soziales auf, statt der geplanten Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen auf dem Parkplatz vor dem Gelände des TSV Borgfeld Flüchtlingsfamilien in Borgfeld unterzubringen.**

**3. Die Senatorin für Soziales wird aufgefordert, einen alternativen Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen in Borgfeld, beispielsweise auf dem unbebauten Grundstück zwischen dem TSV Borgfeld und ALDI zu prüfen.**

**4. Der Beirat Borgfeld fordert die Senatorin für Soziales auf, eine ausreichende Betreuung der Flüchtlinge in Borgfeld sicherzustellen.**

Begründung:

Der Beirat Borgfeld sieht die Not, die viele Flüchtlinge dazu bewegt hat, ihre Heimatländer zu verlassen und Zuflucht in Deutschland zu suchen. Die Einwohnerversammlung in Borgfeld hat gezeigt, dass auch in Borgfeld eine große Solidarität besteht, Flüchtlinge im Stadtteil aufzunehmen und ihnen hier eine neue Heimat zu geben. Die beste Möglichkeit, Flüchtlinge in Borgfeld zu integrieren ist die Anknüpfung an bestehende Strukturen im Stadtteil. Borgfeld ist ein familiär geprägter Stadtteil. Was läge da näher, als Flüchtlingsfamilien in Borgfeld unterzubringen. Die Infrastruktur in Borgfeld bietet für diese Familien weitaus bessere Bedingungen als die geplante Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Auf der Einwohnerversammlung wurde seitens des Sozialressorts erklärt, dass die jugendlichen Flüchtlinge bis nach Bremen-Nord fahren müssten, um ihrer Schulpflicht nachzukommen. Ein so langer Schulweg ist den Flüchtlingen aus Sicht des Beirats nicht zuzumuten.

Die Angebote für Jugendliche sind in Borgfeld nicht zuletzt durch die begrenzten Öffnungszeiten des Jugendfreizeitheims begrenzt. Der SC Borgfeld hat zwar seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich um Sportangebote für jugendliche Flüchtlinge zu kümmern. Tatsächlich werden diese sich allerdings in bloßem Übungstraining erschöpfen, da eine Teilnahme an Punktspielen aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Auf Nachfrage erklärte der Sozialstaatsrat Horst Frehe zwar, dass er möglicherweise Geld für Projekte mit den jugendlichen Flüchtlingen geben würde. Die längst überfällige Personalaufstockung beim Jugendfreizeitheim wurde seitens des Sozialstaatsrates dagegen nicht zugesagt.

Der TSV Borgfeld hat die geplante Unterbringung auf dem Parkplatz vor seinen Sportplätzen bereits abgelehnt, da diese Parkplätze sowohl für die Sportler als auch für die Pendler dringend benötigt werden. Das bestätigen auch Untersuchungen des Beirats und der Polizei, die davon ausgehen, dass der Parkplatz, auf dem die Wohncontainer für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aufgestellt werden sollen, mit parkenden Autos ausgelastet ist. Die Herausnahme dieser Parkplätze aus dem Parkplatzangebot Borgfelds würde dazu führen, dass die Wohnstraßen Borgfelds oder auch der Parkplatz von REWE durch Pendler zugeparkt würden.

Es bestehen zudem Zweifel, ob die Unterbringung von 40 jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen an einem Standort pädagogisch sinnvoll ist. Besser wäre es, Minderjährige in kleineren Gruppen über die Stadt verteilt unterzubringen und sich vermehrt um die Unterbringung in Pflegefamilien zu bemühen. Zwar wurde seitens des Sozialressort dargestellt, dass ein Betreuungsschlüssel von 1 : 2,5 besteht. Erfahrungen aus der Flüchtlingsarbeit, die auch im Rahmen der Einwohnerversammlung vorgetragen wurden, zeigen jedoch , dass eine ausreichende Betreuung der jugendlichen Flüchtlinge und eine Betreuung ehrenamtlicher Betreuer nicht ausreichend sichergestellt werden kann. Bei der Unterbringung von Flüchtlingsfamilien in Borgfeld könnte diese Betreuungssituation entschärft werden, da auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden könnte. Zudem wäre es auch einfacher, für Familien Patenfamilien in Borgfeld zu finden.

Für die CDU-Beiratsfraktion im Beirat Borgfeld:

Ralf Behrend und die Fraktion der CDU

Antrag 2:

Bremen – Borgfeld, den 17. Sept. 2014

**gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Borgfelder Beirat**

für die öffentliche Sitzung am 30. Sept. 2014

der Beirat möge beschließen:

**Auf der Grundlage des vom Senator für Inneres und Sport am 8. Sept. vorgestellten Bäderkonzepts 2014 spricht sich der Beirat Borgfeld für die Variante 1**

**Neubau am Standort Horn**

**Ersatzneubau kleines Westbad**

**aus.**

**Begründung:**

* Nach Aufgabe des Schwimmbetriebs im Universitäts - Sportschwimmbad bedarf es für Borgfelder BürgerInnen, insbesondere auch für den Schwimmsport der Schulkinder einer geeigneten Alternative.
* Eine Nutzung nach Variante 2 halten wir, unter Berücksichtigung der Entfernung, der mit dem weiteren Weg verbundenen Fahrtkosten und insbesondere der bei Schulkindern dafür benötigten wertvollen Zeit für unverhältnismäßig.

Gerd Ilgner Ralf Behrend Petra Kettler

und die SPD – Fraktion und die CDU – Fraktion und die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Hinweis:

Anträge der Fraktion der Grünen und der Behörde folgen in Kürze.